

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Verkäufern 1,50 Mk. in den Kreisgebieten 1 Mk., beim Postamt 1,50 Mk., mit Postzuschlag 1,75 Mk. Die einzelnen Nummern sind mit 15 Pf. bezugsbar. — Die Expedition ist an Donnerstagen von 7 bis 7 Uhr abends, an Sonntagen von 9 bis 9 Uhr geöffnet. — Druckdruck der Redaktion abends von 7 bis 7 Uhr. — Telephon 274.

Insertionsgebühren: Für die 4 gelappten Hauptzeilen ober dem Raum 20 Pf., für Privatzeilen in Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für geriebene und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Feilen und Placaten außerhalb des Interzonenfalls 40 Pf. — Einzelige Anzeigen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telephon 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und des Merseburger Total-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 116.

Donnerstag, den 18. Mai 1911.

151. Jahrgang.

Die Denkmals-Enttüllung in London.

* London, 16. Mai. Die historische Feier, deren Programm in seiner würdevollen Großartigkeit der zu Ehren des großen Herrschers und der Anwesenheit der zwei mächtigsten Monarchen der Welt Rechnung trägt, begann um 12 Uhr mit dem Eintreffen des auswärtigen diplomatischen Korps, der Kabinetminister und anderer hervorragender Persönlichkeiten bei den Dinstufen des Denkmals. Bald darauf trafen die Oberhäupter der anglikanischen Kirche, der Erzbischof von Canterbury, der Bischof von London und andere Würdenträger in vollem Ornat ein und nahmen auf der Plattform am Fuße des Denkmals Platz, um die feierlichen und königlichen Herrschaften zu erwarten. Fünf Minuten vor 12 begann die eigentliche Feier mit der königlichen Prozession vom Buckingham Palace nach dem Denkmal. Die Szene war äußerst eindrucksvoll. Der Weg, den der Zug nahm, durch das mittlere Schloßtor nach der Südseite des Denkmals und die ganze vornehme Allee, genannt die Mall, waren mit Land- und Marine-Regimenten besetzt. Die Deputation des preussischen 1. Garde-Dragoon-Regiments Königin Viktoria stand dicht am Denkmal; Ehrenmännchen und Musikpauken hielten an den Seiten. Die königlichen Herrschaften gingen zu Fuß. Zuerst hinter dem Heumen of the Guard, dem Lord Chamberlain, dem Lord Steward und dem Master of the Horse schritt König Georg und ihm zur Seite Kaiser Wilhelm. Beide Herrscher trugen die Uniform eines britischen Feldmarschalls mit dem Sporenabzeichen. Hinter ihnen schritten Königin Mary mit der Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise zu beiden Seiten. Hierauf folgten in langer Reihe die übrigen Mitglieder der königlichen Familie. Ein Königslaut empfing die hohen Herrschaften, und die Gäste auf den Tribünen sowie die Geistlichkeit am Fuße des Denkmals erwarteten sie lebend. Für den Kaiser und König Georg waren zwei Stühle vor das Podium gestellt worden. Vor denselben standen in einer Reihe König Georg, an seiner Rechten der Kaiser und an dessen Rechten Königin Mary und die Kaiserin. Nun übergab der Vorsitzende des Denkmalskomitees, Vicomte Esher, dem König eine Adresse.

In Erwiderung auf die Adresse hielt König Georg eine Ansprache, in der er zunächst auf König Edwards Anteil an der heutigen Gedenkfeier hinwies, des Königs, der heute mehr als je in dem liebenden Gedächtnis der Engländer lebe. Der König betonte sodann den Anteil, den die Dominien und Kolonien an der heutigen Feier hätten und hob hervor, das Denkmal stelle den Tribut von Rassen und Völkern von größerer Verschiedenheit in Charakter und Lebensweise dar, als je jemals zuvor zu einem gemeinsamen Zweck vereint gewesen seien. Der König fuhr fort:

„Es ist für mich und meine Familie eine Quelle tiefer Befriedigung, daß mein lieber Vetter, der Deutsche Kaiser, begleitet von der Kaiserin, bei dieser historischen Feier anwesend ist. Seine Kaiserliche Majestät ist der älteste Enkel der Königin Viktoria, die er immer mit natürlicher Zuneigung geliebt und verehrt hat, und seine Anwesenheit und die Sympathien, die er uns in den letzten Tagen ihres Lebens und später entgegengebracht hat, werden von mir und meinem Volke niemals vergessen werden. Starke und lebendige Bande der Verwandtschaft und Freundschaft vereinen unsere Throne und Personen, und mein Volk freut sich mit mir darüber, daß er heute hier ist, um an der Enttüllung dieses Denkmals teilzunehmen. Sie bitte Gott, daß dieses Denkmal in London immerdar den Ruhm der Regierung der Königin Viktoria künden und den zukünftigen Geschlechtern die Liebe und Verehrung dartun möge, die das Volk für sie und ihr Andenken hegt.“

Reichstag.

* Berlin, 16. Mai.

Im Reichstag wurde heute die Beratung über das zweite Buch der Krankenversicherungsordnung (Krankenversicherung) nach längerer Debatte zu Ende geführt. Die Verhandlungen über den neunten Abschnitt, der von den Knappschaftlichen Krankenkassen handelt, zogen sich wieder durch die Schuld der Sozialdemokraten in die Länge. Die Vorlage hat in diesem Abschnitt Bestimmungen getroffen — und die Kommissionen mehrheitlich diese Bestimmungen beigetragen — die verhindern sollen, daß einzelne Beisitzer in den Versicherungstruppen, die auch hinsichtlich der Befreiung der Bergbauarbeiter gesondert zu stimmen haben, im Sinne der Arbeitgeber stimmen. Den Sozialdemokraten genügt diese Bestimmung nicht; sie

behaupeten nach wie vor, daß die Knappschaftsstellen unter dem Druck der Unternehmer stünden. Von ihrer Seite werden besondere Vorkehrungen für die Sicherung des Wahlgheimnisses und die Wählbarkeit der Knappschaftsmitglieder beantragt.

Abg. Hue (Soz.), der diese Anträge zu begründen hatte, arbeitete wieder nach Kräften mit dem Schlagwort „Entrechtung“, bezeichnete das preussische Berggesetz wieder einmal als ein überaus rationäres Gesetz und richtete im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen scharfe Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaftsführer.

Ministerialdirektor Caspar erklärte, daß die Wählbarkeit der Knappschaftsmitglieder nicht gewährt werden könne, weil überall sonst in der Reichsversicherungsordnung das Zahlen von Beiträgen Vorbedingung für die Wählbarkeit ist.

Schließlich wurde diese Streitfrage durch einen Kompromißantrag in der Weise erledigt, daß die Wählbarkeit von Knappschaftsmitgliedern zugelassen werden soll, wenn sie Beiträge zu den Knappschaftskassen zahlen. Gegen die Vorwürfe von sozialdemokratischer Seite wehrten sich die christlichen Gewerkschaftsführer, die dem Reichstag angehören, mit großem Nachdruck; dabei fanden sie Unterstützung durch den Abg. Dr. Semler (nl.).

Im zehnten Abschnitt des Buches über die Krankenversicherung wurde des längeren noch über die freien Hilfskassen gesprochen. Die Vorlage enthält, ähnlich wie der in der Kommission stehende Gesetzentwurf über die Aushebung des Hilfskassen-Gesetzes, Sicherheitsbestimmungen gegen Schwindeltätschen. Die Kompromißpartei sind einig, daß lediglich die bestehenden Kassen aufrecht erhalten werden sollen, und zwar mit der in der Vorlage vorgesehenen Mindestzahl von 1000 Mitgliedern.

Von den Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei ist eine Mindestzahl von 500 Mitgliedern und gleichzeitig die Erlaubnis zur Errichtung neuer Hilfskassen beantragt. Auch hier wurden die Kommissionen mehrheitlich aufrecht erhalten, wobei noch die Lippenchen Zieglerkassen mit einer geringen Mitgliederzahl auf Grund eines besonderen Antrages Berücksichtigung fanden.

Damit war die zweite Lesung des Buches über die Krankenversicherung beendet und das Haus trat sofort in die zweite Lesung des dritten Buches (Unfallversicherung) ein.

Im Laufe der Sitzung hatte der Präsident mitgeteilt, daß der Reichstag seitens der Stadt Dresden zum Besuch der dortigen Hygieneausstellung für den 28. Mai eingeladen ist. Die Mitteilung wurde von den Abgeordneten mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung.

* Merseburg, 17. Mai.

Der Direktor des bayerischen statistischen Landesamts, Ministerialrat Dr. Zahn, hat ein Buch veröffentlicht, betitelt: „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Volkszählung 1905, sowie der Berufszählung 1907.“

Die Arbeit ist eine äußerst dankenswerte, denn sie ermöglicht es jedem, ohne Schwierigkeit sich Aufschluß über die tatsächlichen Vorgänge zu holen, die unser wirtschaftliches und soziales Leben innerhalb eines Zeitraumes von 25 Jahren beeinflusst haben. Bewegung und Stand der Bevölkerung, ihre berufliche Gliederung und soziale Schichtung, die Stellung der Frau im Erwerbsleben, die Entwicklung von Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Verkehr, das Geld- und Kreditwesen, endlich die Gestaltung sozialer und kultureller Verhältnisse werden uns an der Hand amtlicher Erhebungen vor Augen geführt.

Der wichtigste Schluß, den die von Zahn zusammengestellten Zählungsergebnisse gestatten, ist der, daß der deutsche Volkserwerbsstand stark und gesund ist. Das zeigt die Bevölkerungszunahme, die sich ohne nennenswerte Beiträge fremdländischer Einwanderung vollzogen hat, die bedeutende Beförderung der Sterblichkeitsverhältnisse im Zusammenhang mit einer gemäßigten Zunahme der Lebenswahrscheinlichkeit und einer bemerkenswerten Lebensverlängerung aller Altersklassen.

Im Jahre 1882 war es noch die Landwirtschaft, jetzt ist es, wie bereits im Jahre 1895, die Industrie, welche die meisten Menschen versorgt, nämlich 42,75 Proz. der Bevölkerung im 1907 gegen 35,51 Proz. in 1882. Dazu kommt der Handel und Verkehr mit 13,41 Proz. gegen 10,02 Proz. in 1882. Die Landwirtschaft verlor 1882 noch 42,51 Proz., 1907 nur mehr 28,65 Proz. der Bevölkerung. Diesen großen Wandel in unserer Volkswirtschaft legt Zahn mit folgenden Worten in seiner

inneren Notwendigkeit dar:

Bei unserer starken Volksvermehrung war und ist diese Entwicklung, insbesondere die Verschiebung des Schwerpunkts der Gesamtwirtschaft von der Landwirtschaft nach der Industrie, naturgemäß. Ohne Vermehrung der Arbeitsgelegenheit keine gesunde Volksvermehrung! Darum ist unsere industrielle Entfaltung geradezu eine Lebensfrage für die Ernährungsmöglichkeit unserer erwachsenen Volksziffer, wenn anders diese im Inland gehalten und nicht, wie früher, zur Abwanderung ins Ausland gebrängt werden soll. Denn die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft ist infolge ihrer natürlichen Produktionsbedingungen beschränkt, sie vermag ihren eigenen Nachwuchs im großen und ganzen nur insoweit aufzunehmen, als er ihr zur Restrukturierung ihres Bestandes notwendig ist. Der Ueberfluß muß sich anderweitig Erwerbsgelegenheit suchen. Der größte Teil davon wird von Industrie und Handel aufgenommen, d. h. vort denjenigen Erwerbszweigen, die ihrer Natur nach die größte Ausdehnungsfähigkeit besitzen. Relativer Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung und Zunahme der Industrie- und Handelsbevölkerung stehen mit anderen Worten in Wechselwirkung, wofür von einer gesunden volkswirtschaftlichen Entwicklung gesprochen werden kann.

Trotz des fortschreitend geringeren Anteils an der Versorgung der Bevölkerung, trotz des Rückganges der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Abwanderung der ländlichen Arbeiter in andere Berufe zeigt jedoch die Statistik, daß von einer Verminderung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft keine Rede sein kann. Eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Benutzung des deutschen Bodens im Laufe der letzten Jahrzehnte hat nicht stattgefunden, vielmehr eine stetige, wenn auch geringe Ausdehnung derselben; die landwirtschaftliche Fläche betrug 1878: 60,6 Proz. und 1900: 61,3 Proz. der Gesamtfläche. Und zwar hat gerade der wichtigste Teil der landwirtschaftlichen Fläche, das Acker- und Gartenland, eine Zunahme erfahren. Aber auch von einem Rückgang der Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Bodens kann keine Rede sein. Vielmehr ist es gelungen, den Ertrag an landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere an Getreide, namhaft zu steigern, nicht bloß absolut, sondern auch im Verhältnis zur Anbaufläche. Infolgedessen sind jetzt erhebliche größere Getreidemengen zur Befriedigung des Nahrungsbedarfes der ständig wachsenden Bevölkerung verfügbar. Außerdem ist ein großer Teil davon der industriellen Verarbeitung zu Zucker, Spiritus, Stärke zugeführt worden. Auch wurde dadurch eine ansehnliche Vermehrung der heimischen Viehwirtschaft möglich. Freilich darf nicht übersehen werden, daß trotz Steigerung der inländischen Produktion diese angeleglich der Vermehrung der Bevölkerung doch nicht hinreicht, um den heimischen Bedarf völlig zu decken.

Am Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands hat sich auch eine bedeutende Verschiebung in sozialer Hinsicht vollzogen; sie kommt vornehmlich zum Ausdruck in der Verstärkung der Lohnarbeiterklasse und des verheirateten Elements in beruflichen Aufkommen eines neuen Mittelstandes in Form der Privatangehörigen (Privatbeamten), Abnahme der Selbständigen, vermehrte Beteiligung der Frau am Erwerb, insbesondere am Lohnerwerb. Diese neue soziale Schichtung wird von Zahn in besonders instruktiver Weise behandelt.

Zur Haltung des Liberalismus.

Die Stuttgarter Bürgermeistereiwahl gibt halbmächtig die Veranlassung zu einer geradezu vernichtenden Kritik an der Haltung des Liberalismus. Es heißt in der offiziellen Erklärung: Die Stuttgarter Bürgermeistereiwahl hat eine weit über den Vorgang selbst hinausgehende Bedeutung infolgedessen, als sie ein scharfes Schlaglicht auf den Geist wirft, der in der fortschrittlichen Volkspartei zurzeit herrscht. Bei dieser Wahl entscheidet bekanntlich nicht die absolute, sondern die relative Mehrheit. Nach den Ergebnissen der letzten kommunalen Wahlen in der württembergischen Hauptstadt stand fest, daß der sozialdemokratische Kandidat eine starke Anzahl von Stimmen auf sich vereinigen werde. Man rechnete vielfach sogar mit dessen Siegreich. Umgekehrt stand nach den Ergebnissen dieser Wahlen außer Zweifel, daß ein Sonderkandidat der fortschrittlichen Volkspartei nicht die mindeste Aussicht hatte, gewählt zu werden. Wenn unter diesen Umständen die Leitung dieser Partei in Stuttgart neben dem jetzt gemäßigten, gemäßigt liberalen Kandidaten doch auf der Auffassung einer besonderen volksparteiigen Kandidatur bestand, so konnte die Wirkung dieses Vorgehens keine

andere sein, als die Aussichten des sozialdemokratischen Mitbewerbes wesentlich zu verbessern. Man tut der volksparteilichen Wahlleitung sicher nicht Unrecht, wenn man aus diesem Verhalten schließt, daß ihr der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten erwünschlicher erschien als der des gemäßigt liberalen. Es ergibt sich also, daß die fortschrittliche Volkspartei den Standpunkt gänzlich verlassen hat, in der Sozialdemokratie den gemeinsamen Gegner aller bürgerlichen Parteien zu erkennen, daß sie vielmehr in der Sozialdemokratie eine Partei, wie eine andere erblickt und sie gegebenenfalls sogar dem gemäßigten Liberalismus vorzieht. Im Hinblick auf diese Schwächung in der Stellungnahme zur Sozialdemokratie erscheint es immer fraglicher, ob der gemäßigte Liberalismus bei den mannigfachen Wahlbündnissen mit der fortschrittlichen Volkspartei sich nicht zu seinen eigenen Grundanschauungen in Widerspruch setzt und seine Stellung gegenüber der fortschrittlichen Volkspartei empfindlich schwächt. Oder ist es kein Widerspruch, wenn eine Partei, die die Bekämpfung der Sozialdemokratie noch neuerdings wiederholt programmatisch verkündet hat, eine Partei im Wahlkampf so ziemlich auf der ganzen Linie unterliegt, die umgekehrt den alten Richterischen Standpunkt entscheidender Bekämpfung der Sozialdemokratie jetzt soweit fallen gelassen hat, daß sie bei der Stuttgarter Bürgermeisterwahl sich sogar zugunsten des sozialdemokratischen Mitbewerbes gegen den gemäßigt Liberalen eingesetzt hat.

Ein Urteil über den ehemaligen Obersten Gädde
enthält eine amerikanische militärische Zeitschrift. Das „Army and Navy Journal“, das amerikanische Militär-Wochenblatt, enthält folgende Erklärung: „Einer offiziellen Mitteilung zufolge wird Oberst Gädde, die angelegte militärische Autorität, der sich so viel mit der Kritik des amerikanischen Heeres beschäftigt hat, bei sich zu Hause in Deutschland nicht für ernst genommen, seine Angriffe auf unsere Armee unbeachtet zu lassen, da er ein Sensationschreiber ohne Rückhalt in Deutschland oder irgendeinem anderen Lande sei. Es ist richtig, daß Oberst Gädde einst dem preussischen Generalstab angehört hat. Er wurde jedoch nach kurzer Zeit aus seiner Stellung entfernt, später vor ein Kriegsgericht gestellt und aus allen militärischen Verhältnissen entlassen. Er hat dann lange Zeit das deutsche Heer in ungeduldigster Weise angegriffen und sucht sich jetzt einen Namen mit den gleichen Angriffen gegen unsere Armee zu machen.“

Marokko.

* Paris, 16. Mai. Die Gesamtzahl der französischen Truppen in Marokko übersteigt jetzt 30,000 Mann. Der Einzug der Franzosen in Fez gilt als sicher, dagegen glaubt man hier nicht, daß es möglich sei werde, Muley Hafid gegen die rebellischen Stämme zu halten, da er äußerst unpopulär ist. Ein Thronwechsel erscheint unermesslich.

Mexiko.

* Mexiko, 16. Mai. Die Luftstrebischen nahmen den 60 Meilen nordöstlich von Mexiko gelegenen Ort Bahuca, der in einem der reichsten Bergwerbsdistrikte liegt, ohne Widerstand. Der Gouverneur ist geflüchtet. Eine Telephonlinie machte diese Mitteilung nach der Hauptstadt und fügte hinzu, die Luftstrebischen hätten die Regierungsgebäude mit Dynamit in die Luft gesprengt. Die Gefangenen seien aus den Gefängnissen befreit worden. Die Geschäftshäuser seien nicht geplündert worden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 16. Mai. (Hofnachrichten.) Aus London wird unterm heutigen gemeldet: An dem zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin heute abend im Buckingham-Palast stattfindenden Diner nahmen außer dem Gesolge des Kaisers und der Kaiserin unter anderen distinguierten Persönlichkeiten teil: Graf Wolff-Meternich, Premierminister Asquith, Lord Rosebery, Lord Roberts, Lord Kitchener, Viscount Salome, Sir Edward Grey, Balfour, der Sprecher des Unterhauses, der frühere Vorkämpfer Sir Frank Lascelles und der Vorkämpfer in Berlin Sir William Goschen. — Bei dem heute abgehaltenen Gartenfest befand sich Kaiser Wilhelm in der besten Laune und verweilte 1 1/2 Stunden unter Vachen und Scherzen auf den schönen Rasenplätzen des Parks im Gespräch mit zahlreichen Gästen. Unter diesen befanden sich der Herzog und die Herzogin von Connaught, der Herzog und die Herzogin von Teck, Herzog und Herzogin von Schleswig-Holstein, Lord Kitchener, der Admiral Charles Baresford, zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps und hervorragende Schauspieler und Schauspielerinnen.

— Die Vossische Zeitung, die bisher im Verlag Vossische Erben erschien, ist jetzt an die Frankfurter Firma Vazzard, Spener u. Ellisfen verkauft worden. Bald nach dem Ableben des Geheimrats Lessing, der 60 Jahre lang der Hauptgeschäftsmann des Blattes gewesen war, wurden Verkaufsverhandlungen eingeleitet, die jetzt zum Abschluß gelangt sind.

* Posen, 16. Mai. Der Kronprinz traf um 11 Uhr 27 Min. auf dem hiesigen Bahnhof ein und begab sich nach Begrüßung der zum Empfang erschienenen Herren nach der Ostdeutschen Ausstellung für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. In der Empfangshalle hielt Oberbürgermeister Dr. Wilms, der Vorsitzende des Ausstellungsvorstandes, die Eröffnungsrede, worauf der Kronprinz als Protektor der Ausstellung diese für eröffnet erklärte. Hierauf folgte ein Rundgang unter Führung des Oberbürgermeisters und des Oberpräsidenten.

Oesterreich.

* Budapest, 15. Mai. Unmittelbare Veranlassung des Attentats gegen den inzwischen verstorbenen Abgeordneten Achim bildete eine Zeitungspolemik. Der Vater der Täter, ehemaliger Schuldirektor und Grundbesitzer Dr. Andreas Jilinszky, hatte sich in einer Unterredung sehr unangenehm über Achim geäußert, worauf dieser Jilinszky in einem Lokalblatt heftig angriff.

Gestern früh 8 1/2 Uhr erschienen die beiden Brüder Jilinszky bei Achim, der sich eben antebete. Andreas Jilinszky eruchte Achim, er möge für die grundloßen Angriffe gegen ihren alten Vater Genugtuung geben. Er konnte nicht weiter fortfahren, denn der in Wut geratene Achim schrie: „Ich werde euch schon Genugtuung geben, ihr Buben!“ und schlug mit dem Stiele auf Andreas Jilinszky, worauf Gabriel zweimal auf Achim schoß. Achim lief in den Hof und schrie um Hilfe. Die Brüder Jilinszky begaben sich nach Beszegula und stellten sich dem Staatsanwalt. Achim wurde ins Spital übergeführt. Auf den Straßen verjammelte sich eine riesige Menge fanatischer Anhänger Achims, die ihm das Geleit gaben. Eine Operation gelang wohl, doch waren die Gedärme derart zerfetzt, daß keine Hoffnung auf Rettung vorhanden war. Nach Achims Tod ließ der Staatsanwalt die Brüder Jilinszky verhaften. Da man Ruhestörungen befürchtete, wurde das Militär konfigniert. Auf den Straßen patrouilliert Gendarmarie. Die Gattin Achims ist schwer erkrankt. Andreas Jilinszky ist 24 Jahre alt und Reservefährling, Gabriel ist Hufarenleutnant der Reserve und Doktor der Chemie.

Lokales.

*** Merseburg, 17. Mai.**

* Personalien. Die Zivilanwärter Kraß und Hirschfeld bei der Landesdirektion haben die Prüfung mit „gut“ bestanden.
* Provinzial-Erziehungsverein. Der Herr Landesbauphann der Provinz Sachsen hat den Pastor Busch in Merseburg beauftragt, die Pflege des Provinzial-Erziehungsvereins, welche im hiesigen Bezirke in Pflege, Lehre oder Dienst untergebracht sind, zu besuchen. Das Gesuch und Geschied ist regelmäßig alle Jahre durch den Vereinsinspektor Pastor Thiele in Magdeburg und von Zeit zu Zeit durch den Synodalvertreter Pastor Gerhardt in Weissenfels. Nun will sich der Patron der ganzen Arbeit, der Herr Landesbauphann, durch den genannten Herrn direkt berichten lassen. Wir möchten die Pflegeeltern, Meister und Dienstverpflichteten auf diesem Wege auf den Boten des Herrn Landesbauphanns und sein Erscheinen aufmerksam machen. Die Herren Ortsgeistlichen, welche mit den Pflegern ja in nächster Beziehung stehen, wollen ihre viel erprobte Freundschaft gegebenenfalls auch hier benehmen. („B. Tgl.“)

* Zu dem Automobil-Unfall am vorigen Sonntag schreibt die deutsche Motorfahrer-Vereinigung (Pau Prov. Sachsen) unterm 16. cr.: „Der Zusammenstoß erfolgte 1/2 7 Uhr zwischen Ammendorf und dem Hofgarten. Die Motorfahrer fuhren alle auf der rechten Seite, während das Automobil des Herrn Lauer in Merseburg in einem rasenden Tempo von ca. 75 Km. Geschwindigkeit auf der linken Seite fuhr. Dies ist durch einen Sachverständigen an den Kadupfer festgestellt worden. Der Führer des Wagens, Herr Lauer selbst, brach beim ersten Motorfahrer. Der Wagen wurde des übermäßigen Tempos wegen durch zu spätes Bremsen zur Seite geschleudert und traf den vierten Motorfahrer. Der Fahrer stürzte und traf den dritten Motorfahrer von hinten, welcher dann ebenfalls fiel. Da zwischen der rechten Bordwand, den Motorfahrern und dem Automobil kein Platz mehr war, mußte der fünfte Motorfahrer auf die beiden am Boden liegenden Fahrer auffahren. Das Auto rutschte nach ca. 30 Meter von der linken Seite quer über die Straße nach der anderen Seite gegen einen Baum, welcher samt den Wurzeln herausgerissen wurde, und dann gegen den nächststehenden mannshohen Baum, der infolge des kolossalen Anpralles bis in das Geäß hinein zerplitterte. Die Motorfahrer besorgten sofort vom Bergmannstr. einen Krankentransportwagen, um den Schwerverletzten (Chauffeur Lüthich) nach dort zu transportieren, wo derselbe noch heute beunruhigtes daniederliegt. Den Motorfahrern trifft auch nicht die geringste Schuld. Ein Wagen der elektrischen Fernbahn Halle-Merseburg war zur Zeit des Unfalls nicht auf der Straße zu sehen.“

* Ein Ministerialelaß über das Zeichnen in der Schule. Ueber den Zeichenunterricht in der Volksschule hat jetzt der preussische Kultusminister einen Erlaß an die Provinzialschulkollegien gerichtet. Danach entspricht das Zeichnen auf der Vorstufe nicht ganz den begabten Erwartungen. Es erweckt den Eindruck, als ob das Zeichnen nach körperlichen Gegenständen nicht immer mit der erforderlichen Gründlichkeit betrieben worden sei. Vielfach würden zu schwere Aufgaben gestellt, fast allgemein scheint die Farbe zu früh und zu reichlich verwendet worden zu sein, wobei die zeichnerische Durchbildung leidet. Deshalb empfiehlt das Kultusministerium, gerade die einfachen Aufgaben im Zeichnen nach körperlichen Gegenständen recht gründlich durchzunehmen, und von der Farbe nicht eher Gebrauch zu machen, als bis der Bleistift sicher beherrscht wird. Für das Linearzeichnen, für das bisher verhältnismäßig wenig geübt ist, sollen jetzt besondere Einführungsstufen abgehalten werden. Falls Lehrkräfte hierfür zur Verfügung stehen, soll mit dem Linearzeichnen möglichst bald begonnen werden. Jede vierte Zeichenstunde ist, einmal wöchentlich, dafür bestimmt. Das Linearzeichnen soll mit dem Handfertigkeitsunterricht in Beziehung gesetzt werden, indem die Schüler „Zeichnungen“ anfertigen und danach arbeiten.

* Kornblumentag — Merseburger Kinderfest. Wie bereits unlängst mitgeteilt, wird von der Zentral-Instanz des „Roten Kreuzes“ in Berlin aus angeordnet, am 16. Juni, dem Tage, an welchem vor 40 Jahren die siegreichen Garden in Berlin ihren Einzug hielten, in Preußen einen Kornblumentag zu veranstalten. Für Merseburg hat der Zweigverband der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger vom Roten Kreuz die Angelegenheit in die Hand genommen, und es fand gestern abend unter Vorhitz des Herrn Bürgermeister Dr. Haacke eine Vorberedung geladener Damen und Herren statt, in der zunächst davon Kenntnis gegeben wurde, daß der durch Verkauf von Blumen und Karten aufkommende Betrag — nur um solchen wird es sich handeln — nach Berlin abgeführt wird; der Zweck der Verwendung der eingehenden Gelder ist der Bau von Bettenheimen, Gemahung von Babekuren etc. Nach kurzer Aussprache einigte man sich dahin, den 16. Juni nicht als Blumentag zu fixieren, sondern diesen mit dem Kinderfeste zusammen zu legen, derart, daß am Sonntag vor dem Feste und am

Festtage selbst durch junge Damen, wie am Margareten-Tag, Blumen und Karten verkauft werden; auf dem Festtage soll am Festtage selbst nachm. nicht mehr verkauft werden. Eine Einregung, Kornblumentränke für die im Festzuge schreitenden Mädchen zu beschaffen und sie von einer Zentralfelle aus zu niedrigen Preisen zu verkaufen, wurde einhellig abgelehnt. Es sollen wieder, wie am Margareten-Tag, in jedem Bezirk Damentische die Sache angelegen sein lassen, Frau Professor Deichert hat den Vorhitz übernommen.

* Ein Luftballon wurde heute mittag kurz nach 12 Uhr gesichtet; er flog nordwärts.

* General-Appell ehemaliger 12. Hufaren und ehemaliger Kameraden des 2. Reserve-Hufaren-Regiments von 1870/71. Der Aufruf in den Zeitungen zu einem General-Appell ehem. Kameraden beider Regimenter am 25. Juni d. Js. in Merseburg hat allwärts solchen Anklang gefunden, daß der Appell einen glänzenden Verlauf zu nehmen verspricht. Alle Herren Offiziere und Kameraden, die den blauen Ärmel der 12. Hufaren getragen haben oder zur Zeit noch tragen, werden zur Teilnahme hierdurch ergebenst eingeladen. Besonders auch diejenigen Kameraden, die keinem der Bataillone ehem. 12. Hufaren angehören, werden kameradschaftlich gebittet, recht zahlreich zu erscheinen, um diesen Tag im Kreise der frisch-fröhlichen Reiter miteinander in alter Erinnerung und Kameradschaft zu feiern. Sollten Kameraden, deren Adressen unbekannt geblieben sind, noch keine Einladung erhalten haben, so sind sie hierdurch ausdrücklich eingeladen und werden gebeten ihre Zusage an Kom. D. Burgbold in Merseburg, Vauhschloßstraße 36, einzuliefern.

* Streifposten. Das Kammergericht hat eine Entscheidung gefällt, welche beweist, daß Streifposten leicht bestraft werden können. Als in Erfurt ein Streif ausgebrochen war, forderte ein Polizeibeamter einen Streifposten R. auf, sich aus der fraglichen Straße zu entfernen und sich am Tage dort nicht wieder sehen zu lassen. R. entfernte sich zwar, kehrte aber nach einiger Zeit wieder zurück, um sich angeblich nach dem Streifbureau zu begeben. Die Strafkommission beurteilte aber R. wegen Zuwiderhandlung gegen eine Oberpräsidial-Polizeiverordnung zu einer Geldstrafe, weil er der Anordnung des Polizeibeamten nicht nachgekommen, welcher seine Anordnung erlassen hatte, um Streifigkeiten und Ruhestörungen zu verhüten. Diese Entscheidung steht R. durch Rückblick beim Kammergericht an und beantragte, der Polizeibeamte habe seine Stellung nicht überschritten. Das Kammergericht wies jedoch die Revision als unbegründet zurück und führte u. a. aus, Streifpostenflehen sei ein nicht strafbare Handlung, strafbar bei der Uebertretung von Straßenpolizeiverordnungen, die bestimmen, daß derjenige strafbar ist, welcher den zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung auf öffentlichen Straßen erlassenen Anordnungen der Polizeibeamten keine Folge leistet. Der Polizeibeamte ist davon ausgegangen, daß das Streifpostenflehen geeignet sei, Streifigkeiten herbeizuführen und die öffentliche Ordnung zu stören. R. als Streifposten mußte daher der polizeilichen Anordnung nachkommen; seine Berufung wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung sei ohne Rechtstermin ergangen.

Provinz und Umgegend.

* Weissenfels, 16. Mai. Zum mitteldeutschen Bergarbeiterstreit wird gemeldet: Bergbauphann Scharf, der Direktor des Oberbergamts Halle, fuhr heute ins Streitreuier, um mit den Landräten der beteiligten Kreise und Regierungsvertretern eine Konferenz abzuhalten. Die Zahl der Regierungen beträgt heute 5800, die gesamte Belegschaft, von denen diese Ziffer in Abzug zu bringen ist, zählt 12 228 Mann. Der Streik umfaßt im wesentlichen das Zeih-Weissenfels-Meuselwitzer Revier, der Bezirk Halle und das Beistal sind unberührt.

* Halle, 16. Mai. Der Kaiser von Japan hat dem ordentlichen Professor und Direktor des hygienischen Instituts in Halle, Geheim. Medizinalrat Fränkel den Orden des heiligen Schapzes verliehen, eine auch in Japan außerordentlich seltene Auszeichnung.

* Halberstadt, 16. Mai. Eine in Halberstadt stattgefundene Vertrauensmänner-Berufungung des Bundes der Landwirte hat sich einstimmig für die Reichstags-Kandidatur des Landwirts Herrn F. C. Hörnate aus Kroppenstedt erklärt.

* Jena, 16. Mai. Professor Dr. Ernst Haedel ist in seiner Wohnung, als er ein Buch vom Regal nehmen wollte, vom Schemel gestürzt. Er erlitt dabei einen Bruch im Hüftgelenk. Der Heilungsprozeß wird nach Aussage der behandelnden Ärzte sehr langwierig sein; ein dauernder Nachteil ist nicht ausgeschlossen, möglicherweise wird das Bein verkürzt bleiben.

* Weissenfels, 16. Mai. Wichtige endgültige Entscheidungen über den Bau einer Bahn von Weissenfels nach Rohbach mit dem für später vorgesehenen Anschluß nach Mücheln, und über den Bezug von elektrischem Strom von auswärts hat gestern in fünfstündiger Sitzung die Stadverordnetenversammlung getroffen. Sie schloß die Verträge ab über die Errichtung einer Kleinbahn nach Rohbach, die das nordwestliche Braunkohlengebiet dem wirtschaftlichen Verkehr mit Weissenfels erschließt und für die Entwicklung unserer Stadt von weittragender Bedeutung wird, da sie nicht nur den erheblichen Güterverkehr der Braunkohlen-Gewerkschaft „Gute Hoffnung“-Frankleben aus dem Rohnbacher Gebiete nach unserer Stadt zentralisiert, sondern auch einer Anzahl größerer Dörfer, wie Reichardswerben, Tagewerben, Nahlendorf, Lunsstädt und Rohnbach, eine bequeme und bisher sehr vermehrte Verkehrsmitel mit Weissenfels erschließt, die beiden Teilen eine vorteilhafte, wirtschaftlich engere Lebensgemeinschaft als bisher ermöglichen wird. Die Ausführung der Bahn wird sobald als möglich in Angriff genommen. Eine zweite, gleich wichtige Entscheidung gilt gestern ferner in der Angelegenheit des elektrischen Strombezugs von auswärts. Die Stadverordneten schlossen einen Vertrag mit den Riebedischen Montanwerken ab, die aus ihrem Werke im südöstlichen Braunkohlengebiet hinter Hohemöfen der Stadt den elektrischen Strom zu einem Preise liefern, bei dem sie besser fährt, als wenn sie den enormen Kostenaufwand für ein eigenes neues Elektrizitätswerk wagen würde. Beide Entscheidungen sind von nachhaltiger wirtschaftlicher Bedeutung.

* Duderstadt, 11. Mai. Ein Kampf zwischen Wiesel und Storch spielte sich in Wilschhausen ab. Ein Knecht hatte ein junges Wiesel beim Pflügen verlegt, so daß es sich kaum fortbewegen konnte. Gleich kam ein Storch herbei, um es zu verzehren. In seiner Angst schrie das Wiesel und gleich war das Muttertier zur Hilfe da. Es ging mutig auf den Storch los, Hammergeißel an dessen Hals fest, und biß und traute. Freund Aedobar schützte den besten Kopf, aber vergebens. Er ließ seinen Vetterhüh

